

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Petra Vorderwinkler,
Genossinnen und Genossen

betreffend: Dringend notwendige Vorbereitungen für den Schulstart im Herbst 2022

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Unterrichtsausschusses über ein Bundesgesetz (1487 d.B.) mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Schulzeitgesetz 1985, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulpflichtgesetz 1985 und das Privatschulgesetz geändert werden (1495 d.B.) (TOP 17)

Es vergeht aktuell kaum ein Tag, an dem aus den österreichischen Schulen nicht Hilferufe ertönen. Bereits vor der Pandemie war die Personalsituation höchst angespannt, Corona hat die Situation nochmals verschärft. An allen Ecken und Enden fehlt Lehr- und Unterstützungspersonal. Lehrer*innen schlittern ins Burn out, Schüler*innen werden nicht angemessen unterstützt. Hinzu kommen noch die Fluchtbewegungen aus der Ukraine, die das Schulsystem auf eine weitere Probe stellen.

Trotz dieser prekären Situation wurde bekannt, dass an eine Aufstockung der Planstellen ab Herbst nicht gedacht ist. Im Gegenteil: Es fehlen unter anderem konkrete Zusagen für Planstellen zur Abfederung der Auswirkungen der Coronapandemie. Kinder und Jugendliche gehören zu den Hauptleidtragenden der Pandemie. Sie brauchen weiterhin unsere Unterstützung. Durch Covid-19 und die Zeiten von Home Schooling sind Rückstände entstanden, die es nun aufzuholen gilt. Doch dafür benötigt es das erforderliche Lehrpersonal und ein Aufhol-Paket gegen Lernrückstände, die trotz des enormen Engagements der Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen während der Pandemie entstanden sind.

Unklar ist auch, wie sich die Corona-Situation im Herbst darstellen wird. Expert*innen rechnen mit neuen Covid-19-Wellen. Nachdem bereits die Sommermonate der letzten Jahre ungenutzt verstrichen sind, ist zu hoffen, dass sich das Bildungsministerium diesmal adäquat auf den Herbst vorbereitet. Von welchen Szenarien das Bildungsministerium dabei konkret ausgeht und welche Vorkehrungen getroffen werden, ist jedoch nicht bekannt. Klar ist, dass es weiter Sicherheitskonzepte brauchen wird, damit Schulen sicher im Normalbetrieb laufen können.

Die Forschungsplattform "Covid-19 Future Operations" hat dazu einige Empfehlungen veröffentlicht und mehrere Szenarien für die weitere Entwicklung im Herbst skizziert. Das Papier empfiehlt beispielsweise eine konsequente Luftqualitätsüberwachung: CO2-Sensoren sollten zur Verbesserung und Überprüfung des Fensterlüftens (Stoßlüften/Dauerlüften) in Innenräumen eingesetzt werden. Darüber hinaus braucht es Lüftungs- bzw. Luftreinigungsgeräte: Abluftventilatoren können infektiöse Atemaerosole besonders wirksam entfernen insbesondere in Versammlungs-, Klassen- und Aufenthaltsräumen. Sie sind seit vielen Jahren Stand der Technik und können nach Bedarf intervallartig oder dauerhaft betrieben werden. Abluftventilatoren sind kurzfristig, kostengünstig und mit geringem Aufwand nachrüstbar. Mobile Luftreiniger können auch zu einer Verringerung potentiell infektiöser Atemluftaerosole beitragen. Als Desiderat hinzukommt eine geeignete Testinfrastruktur,

nachhaltiges und vorausschauendes Agieren und nach zwei Jahren Pandemie die rechtzeitige Kommunikation von Zielen.

Auch für die Sprachförderung und Volksschulklassen stehen zu wenige Planstellen zur Verfügung. Insbesondere gilt es, einen Fokus auf die ersten beiden Volksschuljahre zu legen. Durch den pandemiebedingten unregelmäßigen Besuch der elementarpädagogischen Einrichtungen während der vergangenen Jahre hat sich der Entwicklungsstand der Kinder weiter auseinanderbewegt. Die Kinder kommen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Lernständen in die Volksschule. Daher müssen die Klassen zumindest in den ersten beiden Jahren an den Volksschulen doppelt mit Lehrpersonal besetzt werden, damit individuell auf den Förder- und Lernbedarf der Schüler*innen eingegangen werden kann.

Ebenfalls aktuell nicht vorgesehen ist zusätzliches Personal zur Unterstützung der Flüchtlinge aus der Ukraine. Bereits derzeit sind mehr als 9.000 Kinder und Jugendliche, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, in einer österreichischen Schule angemeldet. Laut Prognosen könnten es noch bis zu 40.000 werden. Auch hier wurden seitens des Bundes bisher keine Maßnahmen präsentiert. Zusätzlichen Lehrer*innen-Stellen für ukrainische Schüler*innen müssen möglichst rasch bereitgestellt werden, da sonst für die Schulen keine Planung mehr möglich ist und auch die Weiterverwendung der jüngst angestellten Lehrkräfte aus der Ukraine schwierig wird.

Wenn wir daher verhindern wollen, dass an Österreichs Schulen ab Herbst lediglich ein Minimalbetrieb gewährleistet ist, braucht es rasch entsprechende Planungen, Mittel und Planstellen. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend ein umfassendes Schulpaket vorzulegen, das sicherstellt, dass ab Herbst ein qualitativ hochwertiger Unterricht und nicht nur ein Minimalbetrieb an Österreichs Schulen möglich ist. Dieses Schulpaket soll jedenfalls enthalten:

- zusätzliche Planstellen zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine und zum Aufholen von Lernrückständen aufgrund der Coronapandemie
- Doppelbesetzung des Lehrpersonals in den ersten beiden Volksschulklassen – in einem ersten Schritt zumindest in den Leitgegenständen Deutsch und Mathematik
- Sicherheitskonzepte, die sicherstellen, dass Schulen gut auf eine erneute Covid-19-Welle vorbereitet sind und offen gehalten werden können.“

*Peter Krol
(VORBEREITER)*
*W. Künzli
(KUNZLI)*

*H. Holzlainer
HOLZLAINER*

*G. Heinrich-Hösel
(HEINRICH - HÖSEL)*

*Hubert Klausz
KLAUZ*

